

**Antrag 105/I/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt – Für einen umfassenden Diskriminierungsschutz im Wohnungswesen**

1 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer  
2 Zeit. In vielen Städten steigen die Mieten, während gleich-  
3 zeitig der Zugang zu Wohnraum ungleich verteilt ist. Be-  
4 sonders migrantisierte Menschen haben es schwer, eine  
5 Wohnung zu finden. Untersuchungen zeigen: Wer einen  
6 nicht-deutschen Namen trägt oder eine nicht-deutsche  
7 Herkunft hat, bekommt seltener eine Zusage – unabhän-  
8 gig von Einkommen oder anderen Faktoren.

9  
10 Diese strukturelle Diskriminierung führt dazu, dass mar-  
11 ginalisierte Gruppen kaum Chancen auf dem Wohnungs-  
12 markt haben. Sie werden an den Rand gedrängt, oft in  
13 Viertel mit schlechterer Infrastruktur und weniger Zu-  
14 kunftsperspektiven. Das verstärkt soziale Ungleichheiten.  
15 Statt gelebter Vielfalt entstehen Räume der Exklusion.  
16 Das ist diskriminierend.

17  
18 Wir fordern deshalb wirksame Maßnahmen gegen Diskri-  
19 minierung auf dem Wohnungsmarkt und eine Verschär-  
20 fung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)  
21 im Bereich Wohnen, um allen Menschen unabhängig von  
22 ihrer Herkunft, Religion oder ihrem Namen gleiche Chan-  
23 cen auf dem Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

**Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt beenden**

24  
25 Jede Person sollte die gleiche Chance haben, eine Woh-  
26 nung zu bekommen – doch die Realität sieht anders aus.  
27 Studien zeigen, dass Menschen mit ausländisch klingenden  
28 Namen deutlich seltener eine positive Rückmeldung  
29 auf eine Wohnungsanfrage erhalten. Selbst in geförder-  
30 tem Wohnraum sind sie oft benachteiligt.

31  
32  
33 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet  
34 zwar grundsätzlich Schutz vor Diskriminierung, weist je-  
35 doch in der Praxis erhebliche Lücken auf. So ist der Nach-  
36 weis einer Diskriminierung oft schwierig zu erbringen,  
37 und die Durchsetzung von Rechtsansprüchen stellt für Be-  
38 troffene eine erhebliche Hürde dar.

39  
40 Internationale Beispiele zeigen, dass ein aktiver Abbau  
41 von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt möglich  
42 ist. Das Wiener Modell des sozialen Wohnbaus sorgt durch  
43 gezielte Förderungen dafür, dass eine soziale Durchmi-  
44 schung gewährleistet wird, ohne diskriminierende Quo-  
45 ten einzuführen. Dieses Prinzip sollte auch in Deutschland  
46 stärker berücksichtigt werden.

Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer  
Zeit. In vielen Städten steigen die Mieten, während gleich-  
zeitig der Zugang zu Wohnraum ungleich verteilt ist. Be-  
sonders migrantisierte Menschen haben es schwer, eine  
Wohnung zu finden. Untersuchungen zeigen: Wer einen  
nicht-deutschen Namen trägt oder eine nicht-deutsche  
Herkunft hat, bekommt seltener eine Zusage – unabhän-  
gig von Einkommen oder anderen Faktoren.

Diese strukturelle Diskriminierung führt dazu, dass mar-  
ginalisierte Gruppen kaum Chancen auf dem Wohnungs-  
markt haben. Sie werden an den Rand gedrängt, oft in  
Viertel mit schlechterer Infrastruktur und weniger Zu-  
kunftsperspektiven. Das verstärkt soziale Ungleichheiten.  
Statt gelebter Vielfalt entstehen Räume der Exklusion.  
Das ist diskriminierend.

Wir fordern deshalb wirksame Maßnahmen gegen Diskri-  
minierung auf dem Wohnungsmarkt und eine Verschär-  
fung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)  
im Bereich Wohnen, um allen Menschen unabhängig von  
ihrer Herkunft, Religion oder ihrem Namen gleiche Chan-  
cen auf dem Wohnungsmarkt zu ermöglichen.

**Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt beenden**

Jede Person sollte die gleiche Chance haben, eine Woh-  
nung zu bekommen – doch die Realität sieht anders aus.  
Studien zeigen, dass Menschen mit ausländisch klingenden  
Namen deutlich seltener eine positive Rückmeldung  
auf eine Wohnungsanfrage erhalten. Selbst in geförder-  
tem Wohnraum sind sie oft benachteiligt.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet  
zwar grundsätzlich Schutz vor Diskriminierung, weist je-  
doch in der Praxis erhebliche Lücken auf. So ist der Nach-  
weis einer Diskriminierung oft schwierig zu erbringen,  
und die Durchsetzung von Rechtsansprüchen stellt für Be-  
troffene eine erhebliche Hürde dar.

Internationale Beispiele zeigen, dass ein aktiver Abbau  
von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt möglich  
ist. Das Wiener Modell des sozialen Wohnbaus sorgt durch  
gezielte Förderungen dafür, dass eine soziale Durchmi-  
schung gewährleistet wird, ohne diskriminierende Quo-  
ten einzuführen. Dieses Prinzip sollte auch in Deutschland  
stärker berücksichtigt werden.

**Vielfalt als Chance – Inklusive Nachbarschaften fördern**

Migrantische Menschen haben mindestens genauso ein Recht an Orten zu wohnen, die ihren individuellen Belieben passen, wie nicht-migrantisierte. Sie müssen keinen Mehrwert für ihre Kieze leisten.

Doch wenn Menschen mit Migrationsgeschichte kaum Chancen auf dem regulären Wohnungsmarkt haben, werden sie in bestimmte Viertel gedrängt – nicht als bewusste Entscheidung, sondern als Resultat struktureller Ausgrenzung.

Anstatt migrantisierte Menschen in isolierten Vierteln leben zu lassen oder künstliche Quoten zu schaffen, sollten wir inklusive Nachbarschaften fördern, in denen ein gleichberechtigtes Miteinander stattfindet.

Damit der Abbau von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gelingt, braucht es wirksame Kontrollen und konsequente Durchsetzung bestehender Rechte. Gleichzeitig müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Diskriminierung muss leichter nachweisbar und sanktionierbar werden. Bei systematischen Verstößen gegen das Diskriminierungsverbot müssen spürbare Konsequenzen folgen – sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Wohnungsanbietern.

**Unsere Forderungen:**

- **Verschärfung des AGG im Bereich Wohnen:** Beweislasterleichterung für von Diskriminierung Betroffene, höhere Bußgelder und Entschädigungen bei Verstößen eine Verschärfung durch eine Streichung des § 19 Abs. 5 S. 2 AGG und Ausweitung des Verbandsklagerechts.
- **Verpflichtende anonymisierte Bewerbungsverfahren** für öffentliche Wohnungsunternehmen, um Diskriminierung anhand von Namen oder Herkunft zu verhindern.
- **Eine rechtliche Prüfung**, inwiefern Vermieter\*innen auch konkrete Vorgaben/Quoten gemacht werden können, um soziale Durchmischung zu erreichen
- **Transparente Vergabekriterien** für Wohnraum bei allen öffentlichen Wohnungsunternehmen und Förderung solcher Praktiken auch bei privaten Anbietern.
- **Testing-Verfahren zur Aufdeckung von Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt: Regelmäßige systematische Tests, um Diskriminierungspraktiken aufzudecken und zu dokumentieren. Dabei können Betroffene Testings durchführen, jedoch soll auch der

**Vielfalt als Chance – Inklusive Nachbarschaften fördern**

Migrantische Menschen haben mindestens genauso ein Recht an Orten zu wohnen, die ihren individuellen Belieben passen, wie nicht-migrantisierte. Sie müssen keinen Mehrwert für ihre Kieze leisten.

Doch wenn Menschen mit Migrationsgeschichte kaum Chancen auf dem regulären Wohnungsmarkt haben, werden sie in bestimmte Viertel gedrängt – nicht als bewusste Entscheidung, sondern als Resultat struktureller Ausgrenzung.

Anstatt migrantisierte Menschen in isolierten Vierteln leben zu lassen oder künstliche Quoten zu schaffen, sollten wir inklusive Nachbarschaften fördern, in denen ein gleichberechtigtes Miteinander stattfindet.

Damit der Abbau von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gelingt, braucht es wirksame Kontrollen und konsequente Durchsetzung bestehender Rechte. Gleichzeitig müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Diskriminierung muss leichter nachweisbar und sanktionierbar werden. Bei systematischen Verstößen gegen das Diskriminierungsverbot müssen spürbare Konsequenzen folgen – sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Wohnungsanbietern.

**Unsere Forderung:**

- **Verschärfung des AGG im Bereich Wohnen:** Beweislasterleichterung für von Diskriminierung Betroffene, höhere Bußgelder und Entschädigungen bei Verstößen eine Verschärfung durch eine Streichung des § 19 Abs. 5 S. 2 AGG und Ausweitung des Verbandsklagerechts.

- 101 Staat verpflichtende, flächendeckende Testings auf  
102 dem Wohnungsmarkt durchführen.
- 103 • **Förderprogramme für interkulturelles Zusammen-**  
104 **leben** in Wohnquartieren, um Vielfalt zu stärken  
105 und Vorurteile abzubauen.
- 106 • **staatlich beauftragte allgemeine Sensibilisierungs-**  
107 **kampagnen mit begleitenden Schulungsangeboten**  
108 **auf Selbstkostenbasis zum Themenkomplex Diskri-**  
109 **minierung in Bewerbungsverfahren, um Vorurteile**  
110 **abzubauen und für das Thema Diskriminierung zu**  
111 **sensibilisieren.**